
Internationale Beziehungen

USA – UNO – EU – China

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler

4-2006

Baustein A Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001

A 1 – A 3	»9/11« verändert die Weltpolitik	16
A 4 – A 6	Die NATO erklärt den Bündnisfall	18
A 7 – A 8	Unilateralismus – Multilateralismus	20
A 9 – A 15	Nationale Sicherheitsstrategie der USA – Bush-Doktrin	21

Baustein B Politik auf der Weltbühne: Die Vereinten Nationen

B 1	Die Vereinten Nationen	25
B 2 – B 4	Der Irak-Krieg und die UNO	26
B 5 – B 8	UNO – USA – EU	29
B 9 – B 13	Der Internationale Strafgerichtshof	31

Baustein C Die Außenpolitik der Europäischen Union

C 1 – C 4	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU	34
C 5 – C 7	Die EU im Konflikt um das Atomprogramm des Iran	38
C 8 – C 10	Der gemeinsame militärische Einsatz der EU in der DR Kongo	40

Baustein D China: Weltmacht im Werden und das Politikziel von Good Governance

D 1 – D 4	Wirtschaftliche Dynamik	42
D 5	Handelspartner: China und Deutschland	44
D 6	Politisches System – Wirtschaft – Gesellschaft	45
D 7 – D 10	Weltweiter Kampf um Rohstoffe	46

Hinweis: Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wurde.

A • Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001

Materialien A 1–A 15

A 1 »9/11«: Der 11. September 2001



picture-alliance/dpa

Am 11. September 2001 lenken islamistische Terroristen zwei entführte Passagierflugzeuge auf die *Twin Towers* des *World Trade Center* in New York.



picture-alliance/dpa

Das *Pentagon*, das US-amerikanische Verteidigungsministerium, am Morgen des 11. September 2001 nach dem Anschlag.



picture-alliance/dpa

Aufräumarbeiten am *Ground Zero* nach dem 11. September 2001. Eine US-Flagge weht inmitten der Stelle, wo das *World Trade Center* stand.



picture-alliance/dpa

US-Truppen in der Wüste von Afghanistan. Ihre Aufgabe: das Auffinden von Terroristenchef Osama bin Laden und von *Al-Qaida*-Kämpfern.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 1–A 3

► Betrachtet die Fotos in A 1. Welche Ereignisse bringt Ihr damit in Verbindung? Benennt die Ereignisse am 11. September 2001 und die weltpolitischen Folgen.

► Lest Euch die Texte in A 2 und A 3 durch. Ordnet Eure Sammlung von Ereignissen und Zusammenhängen anhand von Schlüsselwörtern und erstellt dazu eine Mind Map.

A 2 »9/11« und der Krieg in Afghanistan 2001



picture-alliance/dpa

Kämpfer der Taliban in Afghanistan.

Am 11. September 2001 verübten islamistische Terroristen mehrere Anschläge in den USA, die über 3.000 Todesopfer forderten. Die Attentäter kaperten kurz nach dem Start vier Verkehrsflugzeuge. Um 8.45 Uhr Ortszeit stürzte die erste Maschine in den nördlichen Turm des *World Trade Center* in New York, eine Viertelstunde später eine zweite Maschine in den südlichen Turm. Die beiden 110 Stockwerke hohen Häuser gerieten im oberen Drittel in Brand und stürzten wenig später ein. Die *Twin Towers* galten als Symbole nicht nur der Finanzmetropole New York, sondern auch der Wirtschaftsmacht USA.

Ein weiteres Verkehrsflugzeug wurde um 9.45 Uhr in das US-Verteidigungsministerium bei Washington (D.C.) gesteuert und zerstörte einen Teil des *Pentagon*. Ein viertes Flugzeug hätte den Landsitz des amerikanischen Präsidenten in Camp David oder ein Regierungsgebäude in Washington treffen sollen. Doch die Maschine stürzte zuvor ab. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Offenbar hatten Passagiere die Entführer überwältigen können.

Der amerikanische Präsident George W. Bush kündigte an, die »Verantwortlichen für diese feigen Akte zur Strecke zu bringen«. Die US-Streitkräfte im In- und Ausland wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Drei Tage nach den Anschlägen erteilte der US-Kongress dem Präsidenten die Vollmacht, militärische Vergeltungsmaßnahmen gegen die Verantwortlichen für die Attentate einschließlich »notwendiger und angemessener Gewaltanwendung« zu ergreifen. Am 20. September 2001 erklärte Bush vor dem Kongress dem Terrorismus den »Krieg«: Er machte Osama bin Laden und das Terrornetzwerk *Al-Qaida* für die Anschläge verantwortlich. Das *Taliban*-Regime in Afghanistan wurde aufgefordert, Osama bin Laden auszuliefern und *Al-Qaida* des Landes zu verweisen.

Nach: Bundeszentrale für politische Bildung: Weltgeschichte der Neuzeit. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, S. 478 f.

A 3 Schwere Terroranschläge seit dem 11. September 2001

Seit dem 11. September 2001 sind eine Reihe schwerster Terroranschläge verübt worden, die Islamisten angelastet werden:

► **11. April 2002:** Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Synagoge auf der tunesischen Insel **Djerba** reißt ein Selbstmordattentäter 21 Menschen mit in den Tod.

► **12. Oktober 2002:** Bei Bombenanschlägen auf Diskotheken der indonesischen Ferieninsel **Bali** sterben 202 Menschen.

► **28. November 2002:** Drei Selbstmordattentäter sprengen ein Auto vor einem israelischen Touristenhotel in **Mombasa** (Kenia) in die Luft: 18 Menschen sterben.

► **12. Mai 2003:** In der saudischen Hauptstadt **Riad** sterben 35 Menschen nach einer Serie von Bombenanschlägen in hauptsächlich von Ausländern bewohnten Vierteln.

► **16. Mai 2003:** Bei fünf Anschlägen auf westliche und jüdische Einrichtungen in **Casablanca** sterben 45 Menschen.

► **15./20. November 2003:** Bei Bombenanschlägen auf jüdische und britische Einrichtungen in **Istanbul** sterben mindestens 57 Menschen.

► **11. März 2004:** In vier Nahverkehrszügen in **Madrid** explodieren zehn Bomben. 191 Menschen sterben.

► **24. August 2004:** Nach Sprengstoffexplosionen stürzen zwei russische Passagierflugzeuge in **Südwestrussland** ab. In den Trümmern sterben 90 Menschen.

► **1. September 2004:** In **Beslan** in der russischen Republik Nordossetien überfallen 32 Bewaffnete eine Schule und nehmen mehr als 1.300 Geiseln. Bei der Befreiungsaktion sterben rund 330 Geiseln, darunter 172 Kinder.

► **7. Juli 2005:** In **London** reißen Selbstmordattentäter in U-Bahnen und in einem Bus 56 Menschen mit in den Tod. 700 Menschen werden verletzt. Zwei Wochen später schlagen weitere Attentatsversuche fehl.

► **23. Juli 2005:** Im ägyptischen Badeort **Scharm el Scheich** werden 66 Menschen getötet, darunter mehrere ausländische Touristen.

► **9. November 2005:** In der jordanischen Hauptstadt **Amman** reißen Selbstmordattentäter bei Explosionen in drei westlichen Hotels mindestens 58 Menschen in den Tod.

dpa-Pressemeldung vom Juli 2006.

A 4 NATO: Die Nordatlantikpakt-Organisation



Die Mitglieder der NATO, der Nordatlantikpakt-Organisation.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schien das entschiedene Vorgehen der Sowjetunion in Osteuropa die im Westen gehegten Befürchtungen über den aggressiven, weltrevolutionären Charakter der sowjetischen Außenpolitik zu bestätigen. Aus westlicher Sicht erzwang dies den Zusammenschluss zu einem Kooperations- und Verteidigungsbündnis, das in der Lage sein sollte, einer eventuellen sowjetischen Aggression mit vereinten Kräften wirkungsvoll entgegenzutreten. Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten waren bereits im März 1948 im Brüsseler Vertrag ein Verteidigungsbündnis eingegangen. Sie zählten auch gemeinsam mit den USA und Kanada zu den Initiatoren der NATO. Der Nordatlantikvertrag wurde als wechselseitiges Abkommen am 4. April 1949 durch die Gründungsmitglieder unterzeichnet. Am 24. August 1949 trat er in Kraft.

Als NATO (*North Atlantic Treaty Organization*) wird die Institution bezeichnet, die den Nordatlantikpakt umsetzt. Der Sitz des Nordatlantikrates, des Hauptorgans der NATO, ist seit 1967 in Brüssel. Während der NATO-Rat für Entscheidungen auf der politischen Ebene zuständig ist, stellt der Militärausschuss mit den Stabschefs der Mitgliedstaaten das höchste militärische Gremium des Paktes dar.

Im Jahr 1952 traten die Türkei und Griechenland der NATO bei. Seit 1955 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied. Nach der Wiedervereinigung wurde der NATO-Vertrag auf ganz Deutschland ausgeweitet. Spanien ist dem Bündnis 1982 beigetreten. Eine Besonderheit besteht für Frankreich, das seit 1966 nicht mehr in den Militärstrukturen der NATO integriert ist.

Mit dem Ende des Kalten Krieges erfolgte die NATO-Osterweiterung. Nachdem sich 1991 der Warschauer Pakt, das militärische und politische Bündnis der ehemals kommunistischen osteuropäischen Staaten aufgelöst hatte, traten 1999 Tschechien, Polen und Ungarn der NATO bei. 2004 folgten Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Somit hat die NATO heute 26 Mitglieder. Ungeachtet dieser Osterweiterung unterhält die NATO gute Beziehungen zu Russland.

Der Nordatlantikvertrag sieht ein Defensivbündnis ohne automatische militärische Beistandspflicht der Mitglieder vor. Der Vertrag verpflichtet die Mitglieder zur friedlichen Konfliktbeilegung und zur freundschaftlichen Ausgestaltung der internationalen Beziehungen. Auch die Wahrung der westlich-liberalen Gesellschaftsordnung mit politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Zusammenarbeit sowie die Anerkennung demokratischer Prinzipien ist ein Bestandteil des Vertrags.

Für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf eines der Mitglieder definiert der Nordatlantikvertrag den sogenannten Bündnisfall, der die Mitglieder zur kollektiven Selbstverteidigung verpflichtet. In Artikel 5 des Nordatlantikvertrags heißt es:

»Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.«

A 5 Die NATO erklärt den Bündnisfall

Am Abend des 11. September 2001 notierte Präsident George W. Bush in sein Tagebuch: »Heute hat das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts stattgefunden.« Der Vergleich der Terroranschläge vom 11. September mit dem unerwarteten Angriff Japans am 7. Dezember 1941 auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii verweist auf den psychologischen Schock der Amerikaner: Mit den Anschlägen von »9/11« hatten sie ihren Glauben an die eigene Unverwundbarkeit verloren und die Verletzbarkeit des eigenen Territoriums erkannt. Zum ersten Mal seit Pearl Harbor wurden die USA wieder auf eigenem Boden angegriffen.

Weite Teile der übrigen Welt reagierten ebenfalls äußerst betroffen auf die Anschläge in den USA. Der russische Präsident Putin war der erste, der den amerikanischen Präsidenten anrief, um die Anteilnahme des russischen Volkes und die Unterstützung seiner Regierung zu bekunden. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach noch am gleichen Tag von einer »Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt« und sicherte dem amerikanischen Präsidenten die »uneingeschränkte Solidarität« Deutschlands zu. Ähnlich reagierten auch die anderen westlichen Partner der Ver-

einigten Staaten. So titelte die französische Tageszeitung »Le Monde« am Tag nach den Anschlägen: »Nous sommes tous des Américains« (»Wir sind alle Amerikaner«).

Die NATO erkannte in den Anschlägen vom 11. September ebenfalls einen Angriff auf einen ihrer Mitgliedstaaten und aktivierte – zum ersten Mal in ihrer 52-jährigen Geschichte – den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags. Doch die Vereinigten Staaten machten bei ihren Vorbereitungen und bei der Durchführung ihres Krieges gegen die *Taliban* in Afghanistan keinen Gebrauch von dem Bündnisfall. Statt mit allen anderen Mitgliedstaaten des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses militärisch gegen die *Taliban* vorzugehen, schmiedeten die USA für den Krieg in Afghanistan eine eigene Koalition von ausgewählten Staaten. Im Vorfeld des Krieges gegen den Irak wurde diese Vorgehensweise der Vereinigten Staaten, nicht auf bewährte Bündnisse wie die NATO zurückzugreifen, sondern nach eigenem Gutdünken eine Koalition von Bundesgenossen zusammenzustellen, als Bildung einer »coalition of the willing« – einer »Koalition der Willigen« – bezeichnet.

A 6 Afghanistan: Jüngste Geschichte des Landes am Hindukusch

Afghanistan, das Land am Hindukusch, wurde in den 1990er-Jahren von permanenter Gewalt heimgesucht. Nach dreijährigem Bürgerkrieg wird 1992 das von den Sowjets installierte Regime Mohammed Najibullahs gestürzt. Die Mudjahedin übernehmen die Macht, aber der Bürgerkrieg geht weiter. Mitte der 90er-Jahre setzen sich die nicht zuletzt von den USA unterstützten radikalislamischen Milizen der *Taliban* durch. Im September 1996 erobern sie die Hauptstadt Kabul und rufen einen islamischen Gottesstaat aus. Die Kämpfe gehen aber weiter, vor allem um die Kontrolle über den Norden des Landes.

Das *Taliban*-Regime gerät von Anfang an unter Druck. Ihm wird vorgeworfen, Osama bin Laden und dem Terrornetz *Al-Qaida* Stützpunkte zu bieten. Im Sommer 1999 verhängen die USA Wirtschaftssanktionen gegen Afghanistan. Nachdem sich trotz eines Ultimatums des Weltsicherheitsrates die *Taliban* weigern, Osama bin Laden und weitere Terroristenführer auszuliefern, treten auch UN-Sanktionen in Kraft. Das Land verfällt in die Isolation.

Nach dem 11. September 2001 fordern die USA zum wiederholten Male die Auslieferung Osama bin Ladens, der als Drahtzieher der Anschläge gilt. Gleichzeitig bereitet Washington einen Koalitionskrieg gegen das Land vor, der am 7. Oktober 2001 unter amerikanischer Führung beginnt. Bin Laden reagiert mit einem Aufruf zum Heiligen Krieg (*djihad*). Schließlich greifen amerikanische Bodentruppen in die Kämpfe ein, die hauptsächlich von der afghanischen Nordallianz getragen werden. Ihre Kämpfer rücken im November 2001 in Kabul ein. Wenig später kann auch die *Taliban*-Hochburg Kandahar eingenommen werden.

Währenddessen suchen die Vereinten Nationen nach einer politischen Lösung für das Land. Im sogenannten Petersberger Abkommen wird eine zwischenzeitliche Regierung unter Hamid Karsai eingesetzt, der bei Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 eindeutig bestätigt wird. Eine internationale Streitmacht (*ISAF*) sichert den Neuaufbau des Landes. Die Suche nach Osama bin Laden und anderen Terroristen geht weiter. Sie blieb bisher erfolglos.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A4–A6

- ▶ Entwerft eine Aufstellung zur Geschichte und zur Aufgabe der NATO. Für weitere Informationen könnt Ihr im Internet recherchieren (www-nato.int).
- ▶ Weshalb nennt man die NATO das »atlantische Bündnis«?
- ▶ Fasst die wesentliche Aussage des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags zusammen.

- ▶ Wie hat die NATO auf die Ereignisse am 11. September 2001 reagiert? Auf welche Weise bildeten die USA eine Koalition für den Krieg gegen die afghanische *Taliban*?
- ▶ Bildet Arbeitsgruppen und fertigt Präsentationen zur Geschichte Afghanistans wie auch zur derzeitigen Lage in dem Land am Hindukusch an.

A 7 Definition: Unilateralismus und Multilateralismus

UNILATERALISMUS	MULTILATERALISMUS
Definition	
<p>Unilateralismus und Multilateralismus bezeichnen strategische Grundhaltungen in der Außenpolitik. Unilateralismus (oder: Einseitigkeit) meint eine außenpolitische Position, die sich vorrangig oder sogar ausschließlich an den eigenen nationalen Interessen eines Staates orientiert. Zur Durchsetzung dieser Interessen setzt ein unilateral agierender Staat auf die eigenen politischen und militärischen Fähigkeiten. Allenfalls schließt er Bündnisse mit Staaten, die in dem spezifischen politischen Anliegen die gleichen Interessen verfolgen.</p>	<p>Multilateralismus (oder: Vielseitigkeit) in der Außenpolitik bezeichnet die Eigenschaft und Fähigkeit von Staaten, ihren je spezifischen Interessen durch Verhandlung und Kooperation mit den jeweiligen Partnern im gegenseitigen Einvernehmen nachzugehen. Diese Zusammenarbeit erfolgt dann nicht nur mit einem (bilateral), sondern mit mehreren (multilateral) Partnern. Dabei werden die Interessen aller beteiligten Partner prinzipiell gleichberechtigt berücksichtigt. So erfolgen etwa die Entscheidungen in der NATO multilateral.</p>

A 8 Zwei Stellungnahmen zum Vorgehen der USA

Stellungnahme 1

Für den notwendigen militärischen Angriff auf das mit *Al-Qaida* kooperierende *Taliban*-Regime Afghanistans war Washington klug genug, sich zunächst der politischen Unterstützung der Staaten der Europäischen Union, Russlands, Chinas und vieler anderer Staaten zu versichern, eine anti-terroristische Koalition zustande zu bringen und einen Beschluss des Sicherheitsrates der UN herbeizuführen. Es war gut und richtig, dass die Regierungen und die Medien der europäischen Staaten ihre Solidarität mit den USA erklärt und auf vielfältige Weise kooperiert haben, so auch die NATO, die im Oktober 2001 für ihre Mitglieder die Beistandsverpflichtung gegenüber dem Allianz-Mitglied USA festgestellt hat. Washington hat bisher von der NATO kaum Gebrauch gemacht ... Im Ergebnis war es dankenswert, nicht das ganze nordatlantische Verteidigungsbündnis in den Krieg in Zentralasien zu verwickeln. Stattdessen hat Washington sich der politischen und militärischen Kooperation einer Reihe einzelner Staaten bedient. Damit haben sich die USA zugleich aller multilateralen Beschlussfassung entzogen. Washington hat sich inzwischen eine von niemand einschränkbare nationale Handlungsfreiheit zur Richtschnur gemacht und oben-drein erklärt, jeden als Gegner betrachten zu wollen, der in diesem Kampf nicht auf Seiten der USA steht.

Helmut Schmidt, in: Die ZEIT vom 1. August 2002.

Stellungnahme 2

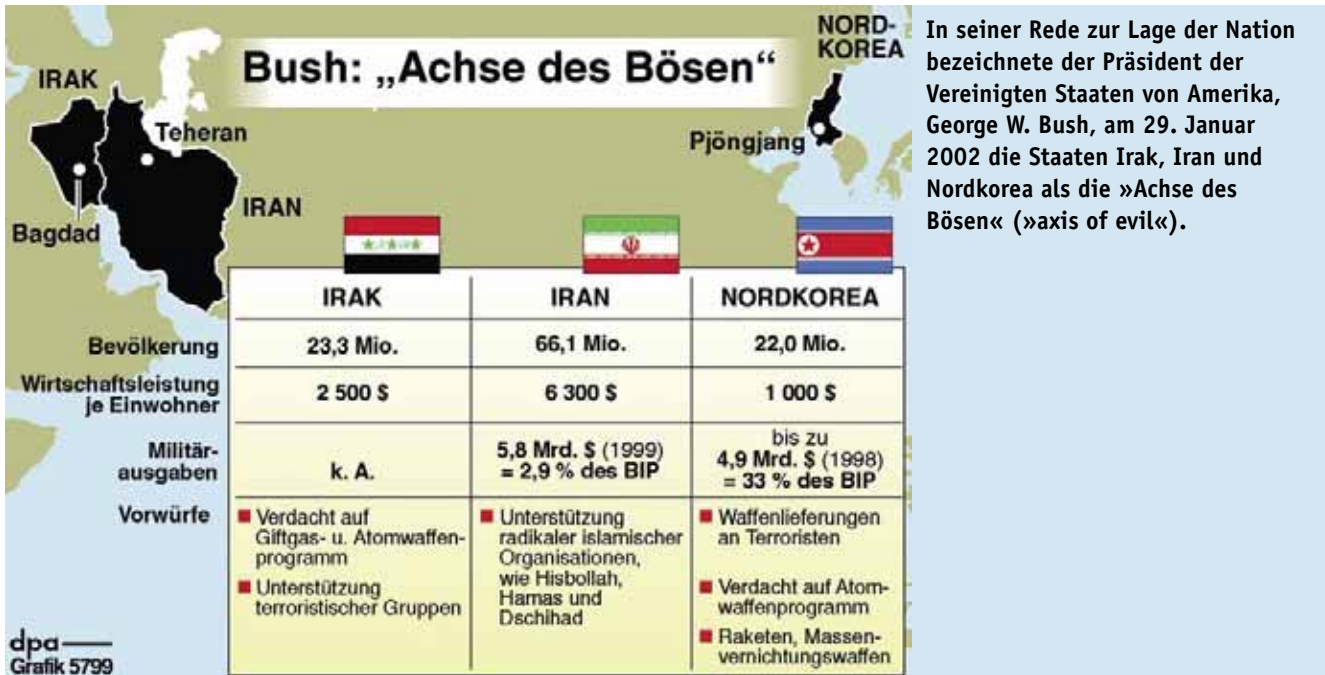
Der nach dem 11. September ins Grundsätzliche gesteigerte Wunsch nach vollkommener Handlungsfähigkeit der USA distanzierte sie auch von der NATO. Die Allianz ... fand sich nach dem 11. September am Rande des Geschehens. ... Zwar forderten die USA die Allianz auf, den Bündnisfall zu erklären ... Danach aber trat sie als Organisation nicht mehr in Erscheinung. Den Krieg in Afghanistan führten die USA allein, lediglich Großbritannien wurde hinzugezogen. Später wurden dann weitere Verbündete beteiligt, aber nicht als Mitglieder der Allianz, sondern auf bilateraler Basis. Washington suchte sich aus dem Reservoir des Angebots aus, was es wo gebrauchen könnte; und die europäischen NATO-Mitglieder waren geradezu ängstlich um eine Zuteilung. ... Zurecht zogen Militärexperten [daraus] den Schluss, dass die Zukunft der Allianz gefährdet war. Wenn die Europäer nur noch die – wie es in Amerika hieß – »Putzfrauen« spielen durften, die aufräumten, was der amerikanische Hausherr angerichtet hatte, dann war die Zukunft der NATO in Gefahr.

Aus: Ernst-Otto Czempel: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2002, S. 138 ff.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 7–A 8

- ▶ Lest die Definitionen in **A 7** und gebt die Begriffe Unilateralismus und Multilateralismus in eigenen Worten wieder.
- ▶ Beschreibt die Reaktion der USA auf die Erklärung des Bündnisfalls der NATO. Was bedeutet dieses Vorgehen für die Handlungsfreiheit der USA? Legt die Gründe für diesen Umgang der USA mit ihren NATO-Partnern dar.
- ▶ Welche Motive und Ziele der USA werden in dem Text von Altbundeskanzler Helmut Schmidt in **A 8** deutlich?
- ▶ Vergleicht beide Texte in **A 8**: Welche Konsequenzen könnte das Vorgehen der USA für die NATO haben?
- ▶ Verfasst eine Stellungnahme zur Vorgehensweise der USA.

A 9 George W. Bush: Die »Achse des Bösen«



Unser zweites Ziel ist es, Regime, die den Terror unterstützen, davon abzuhalten, Amerika oder unsere Freunde und Alliierten mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Einige dieser Regime haben seit dem 11. September ziemlich stillgehalten. Aber wir kennen ihre wahre Natur. Nordkorea ist ein Regime, das sich mit Raketen und Massenvernichtungswaffen bewaffnet, während es seine Bürger verhungern lässt. Iran versucht, aggressiv an diese Waffen zu kommen und exportiert den Terror, während einige wenige, die nicht gewählt wurden, die Hoffnung des iranischen Volkes auf Freiheit unterdrücken. Irak prözt weiter mit seiner Feindseligkeit gegenüber Amerika und unterstützt den Terror. Das irakische Regime hat schon länger als ein Jahrzehnt

daran gearbeitet, Anthrax, Nervengas und Atomwaffen zu entwickeln. Es ist ein Regime, das bereits Giftgas benutzt hat, um tausende seiner eigenen Bürger zu ermorden ... Es ist ein Regime, das sich mit internationalen Inspektionen einverstanden erklärt hat – und dann die Inspektoren rausgeschmissen hat. Es ist ein Regime, das etwas vor der zivilisierten Welt zu verbergen hat. Staaten wie diese, und ihre terroristischen Verbündeten, formen eine Achse des Bösen, die sich bewaffnet, um den Weltfrieden zu bedrohen.

Aus der Rede des US-Präsidenten George W. Bush zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 (übersetzt aus dem Amerikanischen).

SELBSTRECHERCHE

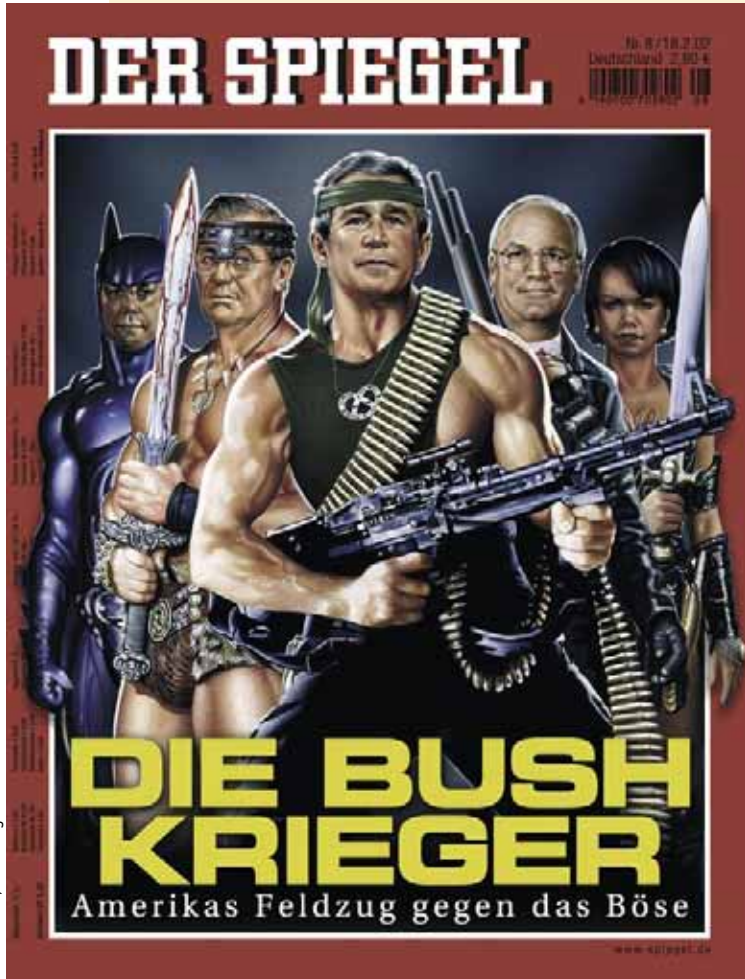
► Bildet in der Klasse drei Gruppen und entwerft zu den Staaten Irak, Iran und Nordkorea jeweils ein Länderporträt. Die Grafik in **A 9** gibt Euch erste Hinweise. Die folgende Tabelle enthält eine Auswahl wichtiger Kriterien, nach denen Ihr die Länder untersuchen könnt.

Tipp zur Recherche: <http://service.spiegel.de/digas/servlet/jahrbuch> oder die Printausgaben der SPIEGEL-Jahrbücher, des Fischer Weltalmanachs oder von Organisationen wie *amnesty international*.

	Irak	Iran	Nordkorea
Müttersterblichkeit			
Kinderunterernährung			
Lebenserwartung			
Menschenrechtssituation			
Sozialpolitik des Staates			
Bildungssituation			

A 10 Der SPIEGEL zur »Achse des Bösen«

Im Februar 2002 kam das Nachrichtenmagazin »SPIEGEL« mit diesem Titelblatt heraus. Analysiert es aufmerksam und notiert Eure Ergebnisse in der Tabelle.



Der SPIEGEL, Hamburg

► **Wie** werden die Politiker dargestellt?

► Auf **welche Filmfiguren** bezieht sich die jeweilige Darstellung und welchen Charakter hat die jeweilige Figur im Film?

► Setzt die Darstellung der Personen mit der **Titelunter-schrift** in Beziehung.

► Stellt begründete Vermutungen über die **politische Aussage** dieses Titelblattes an.

► Auf **welches politische Ereignis** spielt die Darstellung an?

► **Welche** der dargestellten US-amerikanischen **Politiker** erkennt Ihr?

► Welche **politische Position** zu Bushs Rede kommt hier zum Ausdruck?

A 11 Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Jeder amerikanische Präsident entwirft eine *Nationale Sicherheitsstrategie (NSS)*, in der er die Leitlinien seiner Außen- und Sicherheitspolitik vorstellt. Präsident George W. Bush legte am 20. September 2002 seine neue *NSS* vor, die unter der Federführung der nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice (heute US-Außenministerin) verfasst wurde. Ein wesentlicher Grundsatz der *NSS* von Präsident Bush jr. besteht im Erhalt der militärischen Übermacht der USA gegenüber anderen Staaten. Sogenannte »Schurkenstaaten«, die Massenvernichtungswaffen besitzen oder erwerben wollen und damit die Sicherheit der USA gefährden, sollen in Zukunft unter extremen Umständen durch präventive Selbstverteidigung bekämpft werden. Konkret bedeutet dies, dass die USA solche Staaten notfalls unschädlich machen wollen,

bevor diese zu einer Bedrohung werden. Die Entscheidung darüber, wer diese Staaten sind und wann gegen sie militärisch vorgegangen werden soll, behalten sich gemäß der *NSS* die USA vor. Durch die Benennung von Irak, Iran und Nordkorea als »Achse des Bösen« hatte Präsident Bush jr. bereits mögliche Staaten für die militärische Umsetzung seiner Grundsätze benannt. Das Ziel der Beibehaltung militärischer Überlegenheit und die Möglichkeit, gegen unliebsame Staaten nötigenfalls präventiv mit militärischer Gewalt vorzugehen, machen die Kernpunkte der *NSS* aus und wurden in der Folge als »Bush-Doktrin« bezeichnet. Der Krieg gegen den Irak im Jahre 2003 stellte die erste militärische Umsetzung dieser Bush-Doktrin dar.

A 12 Definition: Präventivkrieg

PRÄVENTIVKRIEG

Definition

Ein Präventivkrieg stellt einen Angriffskrieg dar, mit dem man einem vom Gegner geplanten Krieg zuvorkommen will. Nach dem Völkerrecht und den Prinzipien der Vereinten Nationen haben Staaten kein Recht, Gewalt zur Selbstverteidigung anzuwenden, bevor ein bewaffneter Angriff auf sie tatsächlich stattgefunden hat. So gilt in der Charta der Vereinten Nationen das auf die Wahrung des Weltfriedens

gerichtete Gewaltverbot (Art. 2, Abs. 4) sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates (Art. 2, Abs. 7). Ein Waffeneinsatz ist nur auf der Grundlage eines Beschlusses durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder gemäß Art. 51 zur Selbstverteidigung »im Falle eines bewaffneten Angriffs« rechtmäßig.

A 13 Eine Einschätzung der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA

Der Denkschrift zur *Nationalen Sicherheitsstrategie* ist ein Brief von Präsident Bush vorangestellt, der ihre Argumentation zusammenfasst. Die Verhältnisse hätten sich, so stellt der Präsident darin fest, grundlegend verändert: »In der Vergangenheit benötigten Feinde große Heere und bedeutende industrielle Kapazitäten, um Amerika gefährden zu können. Heute können im Verborgenen agierende Netzwerke von Individuen für weniger als die Anschaffungskosten eines einzigen Panzers viel Chaos und Leid in unser Land tragen. Terroristen organisieren sich mit dem Ziel, offene Gesellschaften zu durchdringen und die Macht moderner Technologien gegen uns zu kehren.« Die USA müssten darauf mit einem grundlegenden Wandel ihrer Strategie reagieren: Von nun an gelte es, »gegen solche sich anbahnenden Bedro-

hungen vorzugehen, bevor sie voll ausgebreitet sind«. Das ist nichts anderes als die Rechtfertigung präventiv geführter Kriege. Veränderte Verhältnisse ... erfordern veränderte Taktiken: »Je größer die Bedrohung, desto größer das Risiko bei Untätigkeit – und desto zwingender die Notwendigkeit vorbeugenden Handelns zu unserem eigenen Schutz – selbst wenn ungewiss bleibt, wann und wo der Feind angreifen wird. Um feindseligen Akten unserer Widersacher vorzubeugen, oder sie zu verhindern, werden die Vereinigten Staaten, falls notwendig, präventiv handeln.«

Aus: Benjamin R. Barber: *Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt*, München 2003, S. 83 f.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 11–A 13

► Fasst zusammen, wovon nach der Auffassung des amerikanischen Präsidenten heutige Bedrohungen für die USA ausgehen. Wie sollten die USA darauf reagieren? Zu welchen Mitteln sollten sie dabei im Notfall greifen?

► Was versteht man unter einem Präventivkrieg? Ist ein Präventivkrieg mit dem Völkerrecht vereinbar?
 ► Diskutiert, weshalb die Vereinten Nationen einen Waffeneinsatz nur unter den genannten Bedingungen zulassen.

A 14 Die Bush-Doktrin

Amerika befindet sich längst in einer neuen Phase der sicherheitspolitischen Selbstfindung. Das Land steht – noch kaum erkannt vom Rest der Welt – am Beginn einer neuen strategischen Ära, um deren Doktrin nun gefochten wird. Der Irak-Konflikt ist lediglich der erste sichtbare Beleg für die Auseinandersetzung um diese Doktrin, deren Schlüsselbegriffe Vorbeugung (*»preemption«*), aggressive Verbreitung von Demokratie und Freiheit und die bedingungslose Beseitigung von Terror und Massenvernichtungswaffen heißen.

Diese Strategie liegt ausformuliert seit September 2002 vor – das Werk von Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Das Gedankengebäude ruht auf einer Reihe von Reden, die der Präsident selbst gehalten hat, und auf einigen seiner eher stumpfen Formulierungen aus der Zeit nach dem 11. September (*»entweder sind sie für uns, oder sie sind gegen uns«*). Tatsächlich aber sitzen die geistigen Väter als Falken in der Regierung und haben seit Jahren bereits ihre aggressive und allen Regeln herkömmlicher Demokratie und strategischen Denkens widersprechende Doktrin ausgebrütet.

Die Doktrin will die sicherheitspolitische Lücke schließen, die nach dem Ende der Blöcke entstanden war, sie liefert die bisher einzige, in ihrer Art abgeschlossene Strategie gegen die neuen Bedrohungen. 40 Jahre sicherheitspoliti-

scher Konsens über Partei- und Landesgrenzen hinweg sind plötzlich aufgekündigt durch eine kleine Clique von Denkern und Politikern, deren Einfluss sich umgekehrt proportional verhält zu ihrer Zahl.

Im Kern stellt die Doktrin bisheriges sicherheitspolitisches Denken auf den Kopf: Freiheit soll verbreitet, nicht mehr nur verteidigt werden. Der Staat reagiert nicht auf eine Aggression, er nimmt die Aggression präventiv wahr und handelt, bevor der mögliche Feind handelt. Die Doktrin sieht die USA als klar dominierende Macht in der Welt, deren Ziel es sein muss, diese Macht zu erhalten und auszubauen. Oder in den Worten von Bush, gesprochen an der Akademie *West Point*: *»Wir müssen die Schlacht zum Feind tragen, seine Pläne durchkreuzen, seinen schlimmsten Drohungen begegnen, bevor sie wahr werden.«* ... Revolutionär an Bushs Doktrin ist die Radikalität im Detail, der moralische Überton, das Sendungsbewusstsein und vor allem der Mangel an Entscheidungskriterien. Die US-Regierung als Richter und Polizist in einem, ungebremst durch das Völkerrecht oder die Kraft eines Bündnisses – das macht die gefährliche Qualität des Strategie-Dokuments aus.

Süddeutsche Zeitung vom 19./20. Oktober 2002 (Stefan Kornelius).

A 15 Der Platz der UN in der Neuen Weltordnung?



ARBEITSAUFRÄGE ZU A 14–A 15

- ▶ Erklärt den Begriff Doktrin. Recherchiert nach anderen Doktrinen in der Geschichte der USA im 20. Jahrhundert.
- ▶ Analysiert und interpretiert die Karikatur in **A 15**. Wie stellt der Karikaturist das Verhältnis der USA zur UN dar?
- ▶ Worin besteht der Kern der Bush-Doktrin, wie sie der Journalist in **A 14** darstellt? Welche Folgen kann diese Doktrin für die Außenpolitik der USA haben?
- ▶ Verfasst einen Kommentar zur neuen *Nationalen Sicherheitsstrategie* der USA bzw. zur Bush-Doktrin.